

15. - 19. Juni Aktionswoche.. In Berlin und bundesweit

BILDUNGSSTREIK BERLIN 2009



Gesprächsstoff und Aktionsideen für Bildungsprotest-Aktivist_innen

15.6 - 19.6,
TALKING IS OVER,
ACTION IS ON!

INHALT

KERNFORDERUNGEN

HOCHSCHULVERTRÄGE

BEZUGSGRUPPEN?

AKTIONSTRAININGS!

KITA-STREIK?

VERBEAMTUNG?

JUGENDCLUBS-KÜRZUNGEN?

AUS DER PROTESTVORBEREITUNG

UMGANG MIT DER POLIZEI?

ANEIGNUNG!

RESSOURCEN

VERANSTALTUNGEN



Seit der ersten Ausgabe der „Bildungsstreik 2009“ sind mittlerweile fast vier Monate vergangen. Der darin angekündigte „kämpferische Sommer“ rückt in großen Schritten näher. Auf der Internetseite des Berliner Koordinierungskreises zum Bildungsstreik steht unter „Aktuelles“ immer noch „Irgendwann wird hier die Seite der Berliner Bildungsstreik-Vorbereitung erstrahlen.“ Viele fragen sich ob der bundesweite Bildungsstreik noch kommt, ob es sich lohnt die angefangenen Seminare weiterhin zu besuchen und fleißig Studienpunkte und Einträge auf den Anwesenheitslisten zu sammeln oder stattdessen lieber die Anwesenheitslisten einzusammeln und die Aktionswoche vorzubereiten. Es lohnt sich! Immer auffälliger werden die Vorbereitungstreffen an den Schulen und Unis. Aktionstrainings und erste Aktionen haben bereits viel Aufmerksamkeit gewonnen, zum Beispiel als eine gewisse Frau Merkel nach ihrer Rede die HU lieber durch den Hinterausgang verließ. Viele Professor_innen, Beschäftigte und Verwaltungsleiter_innen der Unis

sind informiert und unterstützen die Forderungen des Bildungsprotests. Stein des Anstoßes in Berlin ist das Geld das vom Senat kommen sollte. Allerdings haben sich dem Protest viele Studierende auch deshalb angeschlossen, weil sie sich ein solches Studium nicht mehr zumuten wollen. Bundesweit geht es um Studiengebühren, um die Nicht-Studierbarkeit vieler Fächerkombinationen, um verschärfte Überwachung des Studienalltags und Elitenförderung an den Hochschulen. Viele haben noch weiter gehende berechnete Kritik, z.B. daran, dass ihnen Studien-Möglichkeiten aufgrund schärferer NCs entgehen, daran, dass Schüler_innen das Recht verwehrt wird, überhaupt zu streiken oder an der mechanischen Ausrichtung von Forschung und Lehre an Drittmitteln und am Markt. Viele wollen für sich ausreichend Zeit für's Studium, andere treten darüber hinaus für selbstbestimmtes und bewertungsfreies Lernen ein, für gesellschaftliche Emanzipation und für öffentliches Nachdenken über die Krise und die Diskussion und Erprobung von Alternativen...

„Mit einer bundesweiten Aktionswoche vom 15. bis 19. Juni soll der desolate Zustand des Bildungssystems öffentlich gemacht und attackiert werden. In anderen europäischen Ländern lehnt sich die Jugend bereits auf: Gegen Leistungsdruck, Konkurrenz, Überlastung und Perspektivlosigkeit. Gegen soziale Ausgrenzung und die Verweigerung demokratischer Teilhabe. Angesichts der Weltwirtschaftskrise wird die Ausweglosigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung offenbar. Wenn wir in dieser Situation die Fragen ‚Wie wollen wir leben, arbeiten, studieren?‘ nicht selber beantworten, werden es andere für uns tun.“ Dies stand in der „Bildungsstreik 2009“ im Februar, deren Lektüre wir allen empfehlen, die nach Beschreibungen der Misstände und Argumenten für eine andere Bildung suchen. Die vorliegende Ausgabe ist als Mitmach-Zeitung gedacht. Sie gibt erstens einen Überblick über wichtige Ereignisse mit Bezug zum „Bildungsstreik“, die bereits stattgefunden haben, beschreibt zweitens Möglichkeiten, selbst zu handeln und listet drittens alle uns bereits bekannten Aktions-Termine, Treffpunkte und Gruppen auf, bei denen mensch mitmachen und sich organisieren kann.

Daneben wird bereits von vielen spannenden Aktionen gemunkelt. An allen größeren Hochschulen werden wohl Gebäude besetzt, Professor_innen wurden überzeugt, ihre Vorlesungen in der Öffentlichkeit abzuhalten und vieles mehr. Wer aufmerksam ist, wird eine Menge mitbekommen, denn der Bildungsstreik ist ein Mitmach-Projekt ohne professionelles Management. Möglichkeiten zum mitmachen werden so gut kommuniziert, wie wir sie kommunizieren. Vollversammlungen werden spannend, wenn gerade Du einen spannenden Redebeitrag hältst. Ohne kreative Ideen, unkontrollierbare Bewegung und Beteiligung wird es keinen wirksamen Bildungsprotest in Berlin geben. In dieser Zeitung findest du Anregungen für Aktionen, Aufrufe und bereits feststehende Termine. Aber achte nicht bloß auf Ankündigungen, sondern werde in deiner Schule, deinen Seminaren, Instituten, an deiner Fakultät oder deiner Hochschule aktiv, finde Verbündete, bildet Bezugsgruppen und geht auf die Straße. Talking is over... Die Aktionswoche kann beginnen. Mal sehen, ob sie wirklich schon nach einer Woche endet...

ALLGEMEINE FORDERUNGEN

Weltweit ist Bildung im Wandel: Das humanistische Ideal einer zur kritischen Reflexion befähigenden, gemeinwohlorientierten Bildung wird zurückgedrängt. Stattdessen wird Bildung den Bedürfnissen des Marktes angepasst und

damit selbst mehr und mehr zur Ware. Global sind es die GATS-Verträge, in Europa der Bologna-Prozess, die den Kern solcher Reformen bilden. Doch weltweit regt sich Widerstand. In diesem Zusammenhang steht der bundesweite Bildungsstreik vom 15. bis 19. Juni 2009.

Soziale Öffnung der Hochschulen

- den Abbau von Zulassungsbeschränkungen durch den Ausbau von Studienplätzen!
- die Abschaffung von Studiengebühren und die gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit von Bildung!
- die finanzielle Unabhängigkeit der Studierenden – ohne Kredite!
- die Abschaffung jeglicher Diskriminierung, auch in ihrer institutionalisierten Form gegenüber ausländischen Studierenden!

Abschaffung von Bachelor/Master in der derzeitigen Form

- die Abkehr vom Bachelor als Regelabschluss!
- das Ende von Verschulung, Regelstudienzeit und Dauerüberprüfung!
- die Möglichkeit individueller Schwerpunktsetzung im Studium!
- die tatsächliche Umsetzung der Mobilität zwischen den Hochschulen!

Demokratisierung des Bildungssystems

- den Abbau von wirtschaftlichen Zwängen im Bildungsbereich!
- die Mitbestimmung aller Beteiligten im Bildungssystem, u.a. durch Viertelparität in den Hochschulgremien!
- die Einführung verfasster Studierendenschaften mit politischem Mandat in allen Bundesländern!

Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen

- die Umsetzung freier alternativer Bildungskonzepte!
- die Beendigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Bildungsbereich!
- die Aufstockung des Lehrpersonals auf ein pädagogisch tragbares Niveau! Dazu sind in den nächsten drei Jahren mindestens 8.000 Professuren, 4.000 Mittelbaustellen und 10.000 Tutor_innenstellen neu zu schaffen!
- die Förderung aller Studierenden statt einseitiger Elitenbildung!
- die Einheit von Forschung und Lehre statt der Exzellenzinitiative!

Diese Forderungen werden von vielen Menschen geteilt, weil sie uns der Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung näher bringen. Für eine tatsächliche Demokratie ist unsere Forderung nach einem **frei zugänglichen, öffentlich finanzierten und emanzipatorisch ausgerichteten Bildungssystem** unerlässlich. Derzeit geht es durch die Ökonomisierung der Bildung in eine andere Richtung:

Die Hochschulen sind zunehmend abhängig von der Wirtschaft, ihre Funktion in der Gesellschaft hat sich gewandelt. Das ist kein Zufall! Bildung wird den Gesetzen des Marktes unterworfen; **Konkurrenz reproduziert soziale Ungleichheit und Verwertungslogik**. Um unsere Forderungen durchzusetzen bedarf es daher letztlich gesamtgesellschaftlicher Veränderung.

Schulstreik-Aufruf

Aktionswoche vom 15. bis zum 19. Juni!

Die Klassen sind zu groß, die LehrerInnen überlastet. Immer mehr zentrale Prüfungen wie der MSA und die Verkürzung der Abiturzeit auf 12 statt 13 Jahre führen zu einem noch extremeren Leistungsdruck und einer noch unerträglicheren Konkurrenz um bessere Noten. Das mehrgliedrige Schulsystem sortiert Schülerinnen und Schüler, die in den ersten Jahren mit dem Stoff Probleme haben, nach der 6. Klasse aus. Besonders leiden sozial Schwache und Menschen mit Migrationshintergrund. Sie werden auf Hauptschulen mit Perspektivlosigkeit konfrontiert und auf dem gesellschaftlichen Abstellgleis als „Versager“ abgeurteilt. Gleichzeitig werden die Kosten für Bildung z. B. durch Büchergelder mehr und mehr auf die SchülerInnen und deren Eltern umgelegt. Auf widerliche Art nutzt die Bundeswehr das mit ihren Werbekampagnen an Schulen aus. Es wird immer offensichtlicher, dass dieses Bildungssystem vor allem ein Ziel hat, nämlich möglichst billig Arbeitskräfte für die Wirtschaft zu produzieren. Unsere Interessen bleiben da natürlich auf der Strecke.

Nach den Schulstreiks der letzten Jahre beteiligt sich jetzt auch ein Bündnis aus Studierenden am Bildungsstreik. Denn auch die Unis werden durch den „Bologna-Prozess“ zunehmend nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet. Dadurch wird das Studieren noch stressiger, weil selbstbestimmtes Studieren immer mehr durch stumpfes Auswendiglernen ersetzt wird. Es ist höchste Zeit, ungemütlich zu werden und unseren Protest gegen dieses Bildungssystem unüberhörbar auf die Straße tragen! Daran kann uns auch die Hetze der Medien und der Polizei nicht hindern, die mit Fahndungsplakaten versucht, unseren Protest zu kriminalisieren!

schulaction.org

Obwohl in Berlin ein Verteilungskampf um knappe öffentliche Mittel stattfindet „sollten sich verschiedene soziale Gruppen in ihren Anliegen nicht gegeneinander ausspielen lassen“, sagte Tobias Schulze, Referent für Innovations- und Technologiepolitik der Linken im Bundestag auf einer Podiumsdiskussion an der TU-Berlin. Weiter hieß es von ihm: „Wenn genügend Druck von allen erzeugt wird, muss Herr Nußbaum eben mehr Schulden machen als er will. Das wäre nicht das erste Mal in Berlin.“



Spontandemonstration am Ernst-Reuter Platz nach Vollversammlung an der TU am 20. Mai

Uni-Präsidenten geben Beschäftigten frei!

Die Konferenz der Landeshochschulrektoren (LHRK) unterstützt nach Aussagen von FU-Präsident Dieter Lenzen die Demonstration im Rahmen des Bildungsstreiks. Derzeit werde rechtlich geprüft, ob Studierende und Mitarbeiter_innen für die Demonstration am 17.6. freigestellt werden können.

In der Sitzung des Akademischen Senats am 27.5. äußerte sich Dieter Lenzen unter Vermeidung der Begriffe ‚Streik‘ und ‚Demonstration‘ zu den „Manifestationen des 17. Juni“. Damit sich Mitarbeiter_innen und Studierende an ihnen beteiligen können, werde **„die rechtlich zulässige Möglichkeit einer Freistellung“** geprüft. Hintergrund für die Unterstützung ist der Verhandlungsstopp um die Hochschulverträge. Während die Hochschulen aufgrund gestiegener Kosten eine Etat-Aufstockung um 20 Prozent für den Erhalt des derzeitigen Leistungsangebots fordern, stellt der Berliner Finanzsenator lediglich

einen Inflationsausgleich von 1,3 Prozent in Aussicht, was eine Realkürzung bedeuten würde mit in der Folge massivem Stellen- und Studienplatzabbau.

Auf einer **Vollversammlung der TU Berlin** mit 1500 Teilnehmer_innen hatte der dortige Präsident Kurt Kutzler bereits angekündigt, den Beschäftigten für die Demonstration frei zu geben. Für den 15.-19. Juni 2009 ruft ein bundesweites Bündnis zu einem Bildungsstreik auf. Am 17.6. sollen in über 60 Städten Demonstrationen statt finden. Das Bündnis tritt ein für selbstbestimmtes Lernen, einen freien Bildungszugang, für die Entflechtung von Bildungssystem und Wirtschaft sowie für die Stärkung demokratischer Mitbestimmung in Bildungseinrichtungen.

„Wir begrüßen diesen Schritt der LHRK nachdrücklich und teilen ihre Forderung nach zusätzlichen 180 Millionen Euro zur Aufrechterhaltung des Status Quo an den Hochschulen.“,

erklärt Patrick Schukalla vom Hochschulreferat des AStA FU, **„Vereinnahmen lassen werden wir uns dadurch jedoch nicht. Unser Protest richtet sich ausdrücklich auch gegen das Präsidium der FU und ihre Politik der Entdemokratisierung, der Ökonomisierung von Bildung und der Neoliberalisierung der Hochschule. Einen Burgfrieden gegen den Senat wird es nicht geben.“**

Johanna Strass vom Hochschulreferat ergänzt: „Dieter Lenzen engagiert sich in der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, einem Lobby-Verband, welcher Deregulierung, Steuersenkung und Privatisierung preist. Wer erst den Staat trockenlegen will und sich dann empört, dass kein Geld für Bildung da ist, macht sich unglaubwürdig. Dieter Lenzen ist daher kein sinnvoller Repräsentant der FU bei den Verhandlungen um die Hochschulverträge.“ Allgemeiner Studierendenausschuss der FU, 31.05.2009

Hochschulvertragsverhandlungen?

Weitgehend unbemerkt von der studentischen Öffentlichkeit laufen sie derzeit ab, die Verhandlungen über die neuen Hochschulhaushaltsverträge. Die regeln die Finanzierung der Berliner Hochschulen und werden alle vier Jahre neu ausgehandelt zwischen Unis und dem Senat. Die Unis errechneten schon im letzten Jahr aufgrund

gestiegener Heiz-, Personal- und Pensionskosten einen Mehrbedarf von 160 Mio. Euro für alle Hochschulen, nur um den status quo, also den jetzigen Zustand der Lehre, aufrecht erhalten zu können. Bildungsminister Zöllner verzögerte die Verhandlungen und verkündete schließlich, dass es nicht mehr Geld geben würde. Was

das bedeuten würde, ist klar: Nicht (wie aktuell) schleichende, sondern schlagartige Kürzungen: Bis zu 15.000 Studienplätze sind in Gefahr. Weitere Folgen: Schlechtere Lehre, Schließung sog. „Orchideenfächer“ etc. Gleichzeitig will Zöllner 35 Mio. Euro in elitäre Spitzenforschung pumpen - eine Umverteilung zulasten der Lehre. Auf der

anderen Seite werden gerade müheles dreistellige Millionenbeträge für protzige Stadtschlösser und noch größere Summen für marode Banken locker gemacht. Mittlerweile haben sogar die Hochschulleitungen die Nase voll und die Verhandlungen abgebrochen. Doch das wird nicht reichen - der Druck muss von der Straße

kommen, von den Studierenden. Eins sollte klar sein: **Kürzungen werden nicht diskutiert, sondern bekämpft.** Perspektivisch muss endlich die jahrzehntelange strukturelle Unterfinanzierung der Unis beendet werden - 160 Mio. Euro sind nur das Minimum. Die Devise kann nur lauten: Bildung statt Banken!

BILDUNG AUF UND DAVON..

Peter Grottian und Wolf-Dieter Narr

Lasst Euch nicht alles gefallen!

Schafft Alternativen! Widersteht der herrschenden Bildungspolitik!

Der Alltag des Studiums ist grau, hetzig und ohne Vernunft. Sobald wir seiner disziplinierten Öde inne werden, werden wir zornig, unterworfen dem organisierten Raub unseres Bürgerrechts auf Bildung. Darum inszenieren wir einen Bildungsstreik, als Streik, um die gestohlene Bildung neu zu gewinnen. Gründliche Veränderungen in Schule und Hochschule sind erforderlich. „Studieren“ heißt heute verwertungsorientierte Hetze im modularisierten Hamsterlaufstall. Für Selbstgestaltung und Kreativität ist kein Platz. Statt Neugierde anzuregen und Spass an forschendem Lernen, vereinzeln überfüllte Lehrveranstaltungen, lässt unzureichende Betreuung allein und herrscht schikanöse Leistungskontrolle. Unzureichend ausgebildet werden wir wie examinierter Schrott auf den Arbeitsmarkt geworfen. Mit dem Rest unserer Selbstachtung fordern wir die Unpolitik der neuen, herrschenden Halbbildung heraus. Schulen und Hochschulen werden nach ökonomischen Interessen staatlich gleichgeschaltet. Bildungspolitik ist nicht darauf gerichtet, junge Menschen selbstbewusst, urteilsfähig und wirklichkeitstüchtig sich entwickeln zu lassen. Dafür fehlen fast alle bildungspolitischen Voraussetzungen. Das hebt bei verwahten Räumen an. Das endet mit einem katastrophalen Unverhältnis der Zahl der Lehrenden zur Zahl der Studierenden. Stattdessen werden Schülerinnen und Schüler wie Studierende mit der Notenpeitsche auf schmale, eng verwertbare Leistung gefitzt. Zugleich werden Bildungsklassen a la BA und MA geschaffen. Sie schreiben soziale Ungleichheit in die Personen ein. Als folge sie natürlich ungleichen Anlagen. Flexibilität und Mobilität werden nicht als personale Fähigkeiten aller gefördert. Junge Menschen sollen so getrimmt werden, dass sie überall, wo sie gerade ökonomisch gebraucht werden, mobil eingesetzt und flexibel entlassen werden können. Allzeit bereit lautet die globalkonkurrierend veränderte Devise. Gegen diese entmündigende Bildungspolitik an Schulen und Hochschulen frontal. Wir rufen darum bundesweit zu einem Bildungsstreik auf. Wir setzen darauf, dass Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und Beschäftigte ihren Beruf erkennen und wagen auf ihre eigene Weise mitzutun. Schülerinnen, Schüler und Studierende werden in ihren angeblichen Bildungsinstitutionen in einer bundesweiten Aktionswoche vom 15. Juni bis zum 19. Juni 2009 Bildung in demokratisch angemessener Form zu einer Angelegenheit aller machen. Demonstrationen, Blockaden, Sit-ins, zu Bildungsdiskussionen umfunktionierte Veranstaltungen u.ä.m. sind unsere Mittel zivilen Ungehorsams.

Wir setzen darauf,

- dass Eltern in diesen Tagen in die Schulen und Hochschulen strömen;**
- dass Lehrerinnen und Lehrer aller Bereiche mittun und sich aussprechen;**
- dass Gewerkschaften und Soziale Bewegungen den Aktionen ihren Rückhalt geben.**

Wir wollen Schulen und Hochschulen, die die Menschen instandsetzen, mit den Problemen des 21. Jahrhunderts urteilsfähig umzugehen. Darum sind die Lehr- und Lernformen zu verändern. Ganztageschulen. Kein fächerzersplitterter Unterricht. Problemorientiertes Learning by doing. Abschaffung der falschen Bachelorausbildung. Verbindung fachlich angemessener Studiengänge mit aus ihnen entwickelter erkenntnistheoretisch-methodologischer Fähigkeiten fächerübergreifender Perspektiven. Exemplarisch werden wir damit noch 2009 beginnen (Sommerschulen u.ä.).

Bitte macht mit. Es geht um jede und jeden einzelnen von uns. Es geht um eine Bildungspolitik, deren Zukunft selbstbewusst erkenntnisfähige Bürgerinnen und Bürger sind. Darum keine Bildungsklassen und allgemeine kognitiv-habituelle Verwahtung.

Zentrale Forderungen demokratischer Bildungspolitik 15.-19. Juni 2009

Das sind unsere ersten, noch allzu vereinzelt Forderungen. Sie wollen wir auf drei wohl vorbereiteten Teach-ins am 19. Juni in Heidelberg, Düsseldorf und Berlin mit dazu eingeladenen politisch Verantwortlichen debattieren.

- 1. Abschaffung** der Studienklassen BA und MA samt der abgepackten Module und der Dauerprüfungen als Lehr-Lernersatz. Stattdessen: Durchsichtig aufgebaute Studiengänge für alle von wenigstens 5 Jahren. In ihnen steht die zuerst fachspezifisch ansetzende Gymnastik der Urteilsfähigkeit im Mittelpunkt. Darum hat die Bestimmung des Studiums durch ein enges Prüfungskorsett ein Ende. In einer Übergangszeit sind alle Bachelor-Absolventen zu einem Master-Studium zuzulassen.
- 2. Abschaffung** des Numerus Clausus. Stattdessen drastische Vermehrung der erheblich kleineren, nicht auf wenige Fächer spezialisierten Universitäten.
- 3. Abschaffung** der Klassenbildung unter den Universitäten durch den Modeschmuck der „Exzellenz“. Er wird allein durch ungleiche Geldverteilung ergattert. Durch die Verbesserung der Lehr- und Lern-Formen (und, hier nicht behandelt, derjenigen der Forschung) werden alle Universitäten substantiell exzellent.
- 4. Verbesserung** der Lehr- Lern-Verhältnisse. Ausdehnung der Tutorenstellen für das Grundstudium (Richtgröße 10 000); Einrichtung von Projektstudien, die das eigene Forschen und Lehren ermöglichen; Einstellung der ca. 4000 Privatdozentinnen und Privatdozenten als Teilzeitprofessuren; wenigstens 10 Prozent mehr Hochschullehrerstellen; Lehrbeauftragte müssen wenigstens 100 Euro pro Doppelstunde erhalten; Wissenschaftliche Mitarbeiter gehen eigenen Aufgaben in Forschung und Lehre nach.
- 5. Alle Gruppen** der Universität sind an allen Entscheidungen mit gleichem Stimmrecht zu beteiligen (entsprechend sind neue Gesetze erforderlich).
- 6. Keine Bestimmung** der Universitäten von außen, Stattdessen demokratische, öffentlich ausgewiesene Selbstverwaltung von den kleinsten Lehr-Lerneinheiten aufwärts.

10. Juni: Ballon-Aktion



An den Hochschulen, Fachhochschulen, Schulen und Ausbildungsstätten sollen am Mittwoch, den 10. Juni mit Helium gefüllte Bildungsstreik-Luftballons in die Luft gehen um die Streikwoche anzukündigen und auch presserwirksam zu machen. An den Ballons können sowohl Flyer, als auch Verbesserungsvorschläge der Ausbildungssituation oder Kritiken der derzeitigen Ausbildungssituation befestigt werden. Bevor die Luftballons in die Höhe fliegen, wäre es gut einleitende Reden zu halten.

Listenclowns...

Montagnachmittag, kurz nach vier. Die Vorlesung am Otto-Suhr-Institut (OSI) der FU Berlin, Hörsaal 1a, ist gut besucht. Professor Joachim-Jens Hesse setzt gerade an, über das deutsche Regierungssystem zu referieren. Da springen zwei Clowns mit Megaphon zur Tür herein und rufen ins Auditorium: „Hallo, wir sind die Listenclowns und wollen hier die Listen klaun!“ Ihre roten Plastiklöckchen wackeln an der Perücke, die weiße Schminke beginnt

zu zerlaufen, als sie sich - schwupps - die Einschreibelisten schnappen. Der Professor ist außer sich, will die Vorlesung abbrechen, droht sogar damit, dass zum Semesterende niemand einen Schein erhält. „Buhhh“ schallt es ihm entgegen. Sofort ist eine Diskussion über die Anwesenheitspflicht in Seminaren entfacht. Und genau das wollten die „Listenclowns“ am OSI, eine der Wiegen der 68er-Studentenrevolte, erreichen. In SPIEGEL 27.6.2006

Bezugsgruppen...

„Werdet aktiv: Bildet Bezugsgruppen, bildet Banden! Habt Spaß und lasst euch nicht erwischen!“ empfiehlt die Redaktion des Bezugsgruppenreaders (bezugsgruppenreader.so36.net), eines kleinen, farbigen Heftchens, das in Heiligendamm den Straßenblockierer_innen half, sich zu organisieren. Was hat das mit uns zu tun? Viele Studienanfänger finden sich in den Einführungswochen schnell zu kleinen Gruppen zusammen, weil es ihnen auf diese Art viel leichter fällt, in der unübersichtlichen Riesenuni Fuß zu fassen. Zahlreiche Augen und Ohren sehen und hören eben mehr als nur zwei... Der Erfolg dieser Gruppen beruht darauf, dass man sich gegenseitig unterstützt und wichtige Informationen miteinander austauscht. Sie halten oft ein Studium lang und darüber hinaus. Warum sollten wir uns nicht in unseren Gruppen gemeinsam über Missstände an der Uni aufregen und gemeinsam überlegen, was dagegen getan werden kann? Warum sollten diese Gruppen sich nicht als „politisch“ verste-

hen? Allein kann man oft nichts ändern – Gemeinsam schon. Nimm es einfach selbst in die Hand: Bilde zusammen mit Freund_innen eine Gruppe und sprich auch die Probleme an, die euch das große Ganze bereitet – die Uni, die Studienordnung, einzelne Profs oder was auch immer es ist. Seit Ende letzten Jahres sind immer mehr Studierende, Schüler_innen, Lehrer_innen und andere zusammengekommen, die die Missstände des Bildungssystems täglich ertragen müssen. Im Februar waren in Berlin wohl bereits 200 Leute damit beschäftigt, Gelder zu organisieren, Strukturen zu schaffen und Verbündete in den großen Organisationen zu gewinnen, damit wir dieses Semester mit vielfältigen Aktionen zeigen können, dass wir uns auf diese Weise nicht regieren lassen. Haltet die Augen offen, seid vorbereitet, bildet Bezugsgruppen! Wichtige Tipps zur Bildung und zur Selbstorganisation Bezugsgruppen findest du im Netz im Bezugsgruppenreader (bezugsgruppenreader.so36.net).

Aktionstrainings?

Protestieren mit Hand und Fuß

awareness: Gerade in Zeiten des Protests, wenn manche „mal richtig auf die Pauke haun“, blühen häufig auch Sexismus, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung. Awareness-Training soll helfen, diskriminierendes Verhalten zu erkennen, anzusprechen und zu überwinden.

bezugsgruppentraining: Was mensch sich allein nicht traut, dazu ist eine Gruppe gut. Wer allein ist, findet hier gleichgesinnte. Themen sind: Kommunikation - schnelle demokratische Entscheidungen in (sehr) großen Gruppen - mit Repression fertig werden...

besetzungsworkshop: Wie besetzt mensch Häuser und Räume? Was muss alles bedacht werden, damit Besetzungen klappen und offene Räume entstehen?

out of action: Bei Demos und anderen Aktionen Repression zu erfahren kann traumatisieren. Wie bereitet man sich gut auf solche Situationen vor?

organisiert im Juni von der Bildungsprotestgruppe GrmPf!_* Kontakt: grmpf_protest@web.de

Polizeiangriff auf Bildungsprotest-Treffen

Pressemitteilung der Jungen GEW Berlin zum Übergriff der Berliner Polizei gegen OrganisatorInnen des Bildungsstreiks am 15.05.2009 im Café Backhaus Simitci Berlin Kreuzberg

Mit Bestürzung vernahmen wir die Nachricht von dem rechtswidrigen Einsatz der Berliner Polizei gegen einige OrganisatorInnen des Bildungsstreiks im Verlauf eines Pressegesprächs am 15.05.2009 im Café Simitci. Wir verurteilen auf das Schärfste diesen Angriff auf die Grundrechte des Einzelnen sowie auf das Recht auf Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit! Der Bildungsstreik wird von einem breiten Bündnis von Organisationen und Personengruppen getragen – er stellt eine dem Wesen der Demokratie innewohnende Erscheinung dar. Damit nutzen SchülerInnen, StudentInnen und Lehrende u. a. ihre demokratisch garantierten Grundrechte, sich in die Gestaltung der Gesellschaft aktiv einzumischen. Ganz oben stehen dabei die Ziele, das staatliche Bildungswesen gegen den Privatisierungsdruck zu schützen und es dem politischen sowie technologischen Stand unserer Gesellschaft entsprechend zu organisieren - für die gleichberechtigte Teilhabe aller an Bildung. Bei der politischen Beurteilung dieses Po-

lizeinsatzes ist ohne Bedeutung, welche vorherigen Ereignisse im Stadtteil Kreuzberg stattgefunden haben. Hierbei kommt es lediglich darauf an, dass eine nicht-öffentliche Veranstaltung (weil Personen und Presse gezielt eingeladen waren, weil sie im umgrenzten Raum des Cafés stattfand) nicht der Anmeldung bedarf. Darüber hinaus darf allein die Tatsache einer Nichtanmeldung nicht zur Auflösung einer Veranstaltung führen, da die demokratischen Grundrechte der Einzelnen höher zu bewerten sind, wie auch der Berliner Polizei bekannt sein müsste. Oder ist dieser Einsatz gar Symptom für den Zustand des Bildungswesens in Berlin? Welche Eigenschaften zeigt eine Demokratie mit dieser Repression gegen eine bildungspolitische Bewegung? Insofern stellt dieser Übergriff von Hundert Polizisten gegen nicht mal 20 Menschen einen unverhältnismäßigen Einsatz ihrer Mittel und gleichzeitig einen Angriff auf demokratisch garantierte Grundrechte dar! Wir fordern den Berliner Polizeipräsidenten auf, die Einsatzkräfte zur Rechenschaft zu ziehen und öffentlich dazu Stellung zu nehmen.

Teile der Uni Leipzig besetzt

Seit dem 15. April wird ein Trakt des „Neuen Seminar Gebäude“ an der Universität Leipzig besetzt.

Vor 2 Monaten haben zwei Protesttage dazu geführt, dass sich eine offene Gruppe von Menschen dazu entschieden hat, die angestoßenen Diskussionen über Bildung im Allgemeinen und der Situation an der Universität Leipzig im Speziellen weiter zu führen. Um diesem Diskurs die Möglichkeit zu geben, sich weiter entfalten zu können, nahmen sich die ProtestlerInnen den nötigen Raum und die nötige Zeit. Dies geschah in Form einer spontanen Besetzung eines Traktes an der Universität Leipzig.

Konsequenz beschlussfähig sein. Mit der Besetzung eines Traktes des NSG ist zugleich ein erster Schritt für die Schaffung jener Plattformen gemacht.

3. Die Protesttage setzten sich zum Ziel, im Folgenden zu der Umsetzung der Konsequenzen aus einer solchen Revision beizutragen.

Die ProtestlerInnen werden sich mit eigenen Aktionen am ‚bundesweiten‘ Bildungsstreik beteiligen. Dieser Bildungsstreik soll als Plattform genutzt werden noch einmal einen öffentlichen Diskurs zu Thema Bildung und deren gesellschaftlichen Zusammenhänge zu entfalten. Wie ihr seht, ist ein Protest zum Thema Bildung und die damit verbundene kritische Reflexion gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge möglich. Wir haben der Universität Leipzig bis jetzt Raum und Zeit für diesen Prozess abgetrotzt, die Maschine angehalten und einen Ort geschaffen, der eine faktische Möglichkeit bietet, sich als interessiert Menschen gegenseitig zu begegnen, zu diskutieren, gemeinsam zu analysieren, reflektieren und weitere Aktionen vorzubereiten. Wir wünschen allen anderen Menschen viel Erfolg dabei ähnliches in den nächsten Wochen auf die Beine zu stellen. Macht es nach, macht es mit und macht es besser. Für Anregungen, Vernetzung, Diskussionen und Kritik schaut auf unseren Blog: protesttage.blogspot.com und kontaktiert uns unter gwzhappening@gmx.de

Ziele der Protesttage:

1. Die Protesttage setzen sich die Förderung und die Forcierung einer vollständigen Neubetrachtung von Bildung im gesellschaftlichen Kontext und insbesondere des „Bologna-Prozesses“ auf allen Entscheidungsebenen, unter Berücksichtigung all seiner gesellschaftlichen, ideellen und materiellen Vorbedingungen, zum Ziel. Zu diesem Zweck nutzen die Protesttage alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Kommunikation, Aktion, Vernetzung und der Information. Das Resultat dieser Revision ist offen und von den Protesttagen nicht vorgegeben, denn
2. Die Protesttage setzen sich zum Ziel, die Schaffung basisdemokratischer Plattformen zum Zweck dieser Neubetrachtung unter gleichberechtigtem Einschluss aller Betroffenen und Interessierten zu fördern und zu forcieren. Die Plattformen sollen in letzter

HU schließt Bibliothek

Aus einer Pressemitteilung des Referent_innenrats der HU Berlin vom 19. Mai

Die Humboldt-Universität will vermutlich mehrere 10.000 Bücher entsorgen. Grund ist die Zusammenlegung von mindestens 13 Bibliotheksstandorten in das neue Grimm-Zentrum. Da viele Titel in mehreren Zweigbibliotheken präsent sind, soll beim Umzug eine sog. Dublettenreduzierung erfolgen. Das heißt, mehrfach vorhandene Exemplare werden aus Platzmangel entsorgt. Die Situation ähnelt der der FU Mitte 2008, als mindestens 130.000 Bücher durch die Zusammenlegung von Bibliotheken angeblich „überflüssig“ wurden. Tobias Roßmann, Referent für Lehre und Studium sagt: „Waren die Zustände an den Bibliotheken was die Ausstattung betrifft bisher schon unzumutbar, wird die Situation jetzt miserabel. Zur Prüfungszeit werden sich nun deutlich mehr Studierende

um ein Buch streiten müssen, als das bisher der Fall war.“ Ein weiteres Problem ist die lange Schließungszeit der einzelnen Bibliotheken während der Zusammenlegung. Diese fällt mit bis zu zwei Monaten extrem lange aus. Außerdem betrifft dies den Hauptbearbeitungszeitraum für Modulabschlussprüfungen. Folglich müssen unzählige Studierende auf die Literaturrecherche verzichten. Wie die Prüfungen ohne eine funktionierende Bibliothek ablaufen sollen, darüber schweigt die HU bisher. Tobias Roßmann hierzu: „Es ist vollkommen unklar, wie Studierende im Sommersemester für ihre Prüfungen lernen sollen. Eine bestandene Modulabschlussprüfung ist aber meist Voraussetzung für das Belegen der Folgeveranstaltungen, so dass es zu Studienzeitverlängerungen kommen wird.“

Merkel spricht an der HU

Aus der Pressemitteilung der Pressegruppe der Berliner Bildungsstreik-Koordinierung vom 27. Mai 2009

Am Mittwoch Mittag sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen der „Humboldt-Reden zu Europa“ an der Humboldt-Universität (HU). Das Bildungsstreik-Bündnis der HU hatte zu „kreativem Protest gegen die Kanzlerin und ihre Bildungspolitik“ aufgerufen. Schon bei ihrer Ankunft wurde Frau Merkel im Foyer des Hauptgebäudes von etwa hundert Studierenden mit Sprechchören wie „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut“ empfangen.

mit Sprechchören, Trillerpfeifen und einem Transparent ihren Unmut gegen den Auftritt der Kanzlerin an ihrer Universität kund taten. Diese musste ihre Rede deshalb für mehrere Minuten unterbrechen.

Während die Kanzlerin im Audimax sprach, fand im Innenhof der HU eine Kundgebung statt, bei der Studierende, Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Landesvertretung des akademischen Mittelbaus (LAMB) den Auftritt von Frau Merkel und die neoliberale Bildungspolitik der schwarz-roten Bundesregierung kritisierten. Im Anschluss stellten sich die Protestierenden vor den Fenstern zum Audimax auf und skandierten lautstark Parolen wie „Mit den Banken sind sie fix, für die Bildung tun sie nix“ oder „17. Juni: Widerstand, Bildungsstreik im ganzen Land“. Letzterer Slogan bezieht sich auf die für den 17. Juni im Rahmen des Bildungsstreiks bundesweit geplanten Demonstrationen von SchülerInnen, Auszubildenden und Studierenden. Die Parolen waren innen gut zu hören und unterstützten die Studierenden, die im Audimax

Nachdem Merkel ihre Rede beendet hatte, versperrten die Studierenden mit einer Sitzblockade das Foyer des Hauptgebäudes, so dass die Bundeskanzlerin auf einen repräsentativen Abschied verzichten und die Universität durch einen Hinterausgang verlassen musste. Insgesamt nahmen über 200 Personen an der Aktion teil, viele schlossen sich spontan an. „Frau Merkel hat es bei einer Rede über die europäische Integration nicht für nötig gehalten, sich zum Scheitern des Bologna-Prozesses und der Krise des Bildungssystems zu äußern, obwohl sie an einer Universität gesprochen hat“, sagte Jan Latza vom Bildungsstreik-Bündnis der HU. „Um unseren Forderungen nach einer Demokratisierung des Bildungssystems, der sozialen Öffnung der Hochschulen und besseren Lehr- und Lernbedingungen durch die Abschaffung der Bachelor/Master-Studiengänge Gehör zu verschaffen, setzen wir auf eine breite Protestbewegung, gemeinsam mit SchülerInnen und Beschäftigten. Ohne Druck von der Straße werden die Herrschenden sich in diesen Fragen keinen Zentimeter bewegen, das hat die ignorante Haltung der Bundeskanzlerin heute einmal wieder bestätigt“, so Jan Latza weiter.



Freie Bildung?

Schon seltsam. An allen Ecken wird von Bildung geredet, aber dass damit mehr als nur Aus- und Weiterbildung zum Zwecke der Ausübung von Lohnarbeit gemeint sein könnte, kommt nur gelegentlich mal in den Sinn. **Dank BA/MA fühlen sich auch die Universitäten mittlerweile wie Fachhochschulen**

an und Studierende werden nur noch zu Servicekräften für Unternehmen und staatliche Stellen ausgebildet (wenn sie es großteils nicht sowieso schon waren). Eigenständige Reflexion und kritische Wissenschaft passen da genauso wenig rein wie Studierende, die über die utopischen Leistungsanforderungen hinaus

am Fach selbst interessiert sind. Neben der sozialen Freiheit zu studieren muss auch inhaltlich eine freie Bildung gegeben sein. Wenn (oft trotz Studiengeldern) bundesweit Lehrstühle oder ganze Fachbereiche gestrichen werden, weil sie entweder politisch unliebsam oder nicht direkt marktkompatibel sind, hat

das ebenso wenig mit freier Bildung zu tun wie bis zur Unkenntlichkeit verschulte BA/MA-Studiengänge und unmündige Studierende. Dabei muss sich doch gerade in der Partizipation von Studierenden die **gesellschaftliche Verantwortung der Universitäten** niederschlagen. Vom Aushandeln der universitären

Rahmenbedingungen hin zu den Möglichkeiten kritischen Denkens und dem emanzipatorischen Intervenieren in die Gesellschaft hinein – studieren sollte mehr sein als nur **Beglaubigungsscheine für die Karriere** zu sammeln.

Es ist Kita-Streik! Warum?

Die Politik will die frühkindliche Bildung und Betreuung in Deutschland ausbauen. Doch ohne angemessene Bezahlung der Erzieher/-innen in Kindertagesstätten sind pädagogische Höchstleistungen auf Dauer nicht zu haben.

Längst hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Grundstein für die Zukunftschancen unserer Kinder schon im Vorschulalter gelegt wird. In der aktuellen Bildungsdebatte gilt besonders die frühkindliche Förderung als Schlüssel zur Verbesserung der Chancengleichheit. Doch die schlechten Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten stehen in auffälligem Widerspruch zur angekündigten Bildungsoffensive.

Denn kontinuierlich gestiegen sind bisher vor allem die Anforderungen an die Arbeit der Beschäftigten. In allen Bundesländern regeln inzwischen Bildungspläne den Berufsalltag. Kinder werden individuell und in verschiedenen Bildungsbereichen gefördert, zudem müssen Erzieher/-innen die Entwicklung ihrer Schützlinge sorgfältig beobachten, müssen dokumentieren und reflektieren. Die regelmäßige Rückkopplung mit den Eltern gehört ebenso zum Auftrag wie das anspruchsvolle Konzept der Sozialraumorientierung. Viele Einrichtungen entwickeln sich von der Tageseinrichtung für Kinder zu komplexen Familienzentren. Damit hat sich auch das Berufsbild von pädagogischen Fachkräften erweitert. Erzieher/-innen sind professionelle Begleiter im Prozess der Selbstbildung der Kinder, aber auch Partner für die Eltern in punkto Erziehung. Keine leichten Aufgaben, denn je größer die sozialen Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft, desto schwieriger wird die individuelle Förderung der Kinder und die Einbindung der Eltern. Kurz: Pädagogische Fachkräfte sind heute zugleich Experten für frühkindliche Bildung, Erwachsenenbildner und Netzwerker

im Sozialraum. Damit nicht genug: Seit Einführung des § 8a SGB VIII im Jahr 2004 tragen sie zudem Mitverantwortung dafür, dass das Kindeswohl nicht gefährdet wird – etwa durch häusliche Gewalt.

Honoriert werden all diese Mehrleistungen nicht - weder durch eine angemessene Bezahlung noch durch veränderte Rahmenbedingungen. Der Personalschlüssel der Einrichtungen ist viel zu knapp bemessen; für Dokumentation, Reflexion und Dialog bleibt im Kita-Alltag kaum Zeit. Das ist nicht nur demotivierend, sondern macht auch krank. Doch ohne das Engagement der Beschäftigten ist eine Verbesserung der frühkindlichen Förderung nicht zu machen. Ihr Einsatz muss angemessen entlohnt werden – auch das ist eine Form der Wertschätzung.

Verbeamtung jetzt? Unzufriedene Lehrer_innen drohen mit Abwanderung

Seit 2004 werden Lehrer_innen in Berlin nicht mehr verbeamtet. Da Beamte bestimmte Lohnnebenkosten nicht haben, verdienen angestellte Lehrer_innen bis zu 700 Euro weniger als ihre verbeamteten Kolleg_innen. Ein Gruppe von 150 Junglehrer_innen hat aus Ärger über diese Zurücksetzung die Initiative „Verbeamtung jetzt!“ gegründet angefangen, den Bildungs-senator mit Standortargumenten unter Druck zu setzen und mit kollektiver Abwanderung in andere Bundesländer gedroht, was diesen dazu brachte, alle Junglehrer pauschal in die höchste Gehaltsgruppe einzuordnen. Die Schlechterstellung der angestellten Lehrkräfte hob diese Maßnahme aber nicht auf. Die kritischen Lehrer_innen haben bisher Verbeamtung eher negativ diskutiert. Zum Beispiel kann der Staat ganz legal Bewerber_innen die

Bundesweite Aktion Banküberfall

Ja hrelang war für Bildung, für Schulen, Unis, LehrerInnenstellen, Bafög und sonstige soziale Infrastruktur kein Geld da. Wir sollten sparen, den Gürtel enger schnallen und uns brav den Sachzwängen unterwerfen. Auf einmal fließen Milliarden, um Schutzschirme über privaten Banken und Kapitalmärkten aufzuspannen. Unsere Krise löst dagegen keiner. Die Investitionen ins Bildungswesen sind lächerlich und gehen an die falsche Stelle. Wir wissen, dass genug für alle da ist. Und stellen Banken und Regierung einen Rettungsschirm für freie Bildung in Rechnung. Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, werden wir im Rahmen des bundesweiten Bildungsstreiks am 18.6. an vielen Orten und Städten einen symbolischen Banküberfall veranstalten. Bundesweit und dezentral rücken wir den Profiteuren auf die

Pelle, diesmal bleibt es aber noch niedrigschwellig und symbolisch. Wir klauen nichts, werden aber das Bankgeschäft real blockieren und unmissverständlich deutlich machen: Geld für Bildung statt für Banken! Kapital vergesellschaften statt private Verluste zu verstaatlichen, damit der gesellschaftlichen Reichtum endlich uns allen gehört! Denn wir zahlen nicht für eure Krise.

Es ist eine öffentliche Aktion des zivilen Ungehorsams am Tag nach den Demonstrationen zum Bildungsstreik. Private Banken gibt es in jeder Stadt. Die Krise des Bildungssystems und unsere eigene Krise ebenfalls. Gründet lokale Vorbereitungsgruppen der Aktion Banküberfall und beteiligt euch an der Vorbereitung des Bildungsstreiks. Va Banque! Und nehmt Kontakt mit uns auf: bankueberfall@bildungsstreik2009.de

Privilegien von Beamten vorenthalten, die behindert sind, die durch den Gesundheitscheck durchfallen oder die schon mal eine_n Psycholog_in besucht haben und bei denen somit ein Verdacht auf psychische Labilität besteht. Abgesehen von diesen diskriminierenden Verbeamtungsgrundsätzen, ist auch die besondere Treuepflicht des oder der Beamten zum Staat eine sehr dehnbare Vorlage für Berufsverbote. Die mit dem Beamtenstatus verbundenen Pflichten können die politischen Rechte von Lehrer_innen auch außerhalb der Schule stark. Die insgesamt mehr als 1,6 Mio Beamt_innen machen gut 2% der Bevölkerung aus. Es kann durchaus als Gefährdung einer demokratischen Gesellschaft angesehen werden, wenn so viele Menschen beispielsweise nur ein eingeschränktes Recht auf politische Betätigung haben. Die zentrale Forderung der Initiative, „Verbe-

amtung jetzt“ scheint aus emanzipatorischer Perspektive daher unhaltbar. Vielmehr sollte darauf gedrungen werden, dass in Schule Autoritäten und Strukturelle Gewalt abgebaut wird. Bei Unterricht auf Augenhöhe käme auch die Meinungsäußerung eines Lehrers nicht als Strafpredigt sondern lediglich als eine Meinung unter anderen rüber, und wir könnten uns den ganzen unrealisierbaren Quatsch mit „Neutralitätspflicht“ und „Staatstreue“ sparen. Die Forderung wäre dann: „Keine privilegierten Untertanen mehr! - gleiche Freiheit für alle! Verbeamtung Abschaffen! Staatbedienstete vernünftig bezahlen!“ Für den „Bildungsstreik“ bedeutet das, dass die Initiative möglicherweise eine Interessante Diskussionspartnerin abgibt, dass ihre Forderungen aber denen der „Bildungsstreikenden“ eher entgegenstehen. Christoph (Kritische Lehrer_innen)

Pankow: Jugendclubs und Sozialeinrichtungen dicht, Mieterhöhung, Kühlschränke leer - Wir lassen uns nicht abziehen!

Prenzlauer Berg, Weißensee und Pankow sind pleite!

Der Großbezirk „Pankow“ ist mit 32 Millionen Euro verschuldet, da er in der Vergangenheit „Sozialleistungen für Bedürftige“ nicht wie erwartet vom Senat zurückerstattet bekam. Bis 2011 sollen die Schulden getilgt werden. Für das Jahr 2009 verhängte der Senat eine Haushaltssperre für Pankow und forderte eine höhere Effizienz der schon jetzt massiven Einsparungsmaßnahmen. Insgesamt sind im Kinder- und Jugendbereich 47 Einrichtungen betroffen, die täglich von 3000 Kindern und Jugendlichen genutzt werden. Hinzu kommt eine Vielzahl an Angeboten aus dem Sozial- und Bildungsbereich, die der Sparpolitik zum Opfer fallen würden: Frauenhäuser, Notunterkünfte für Obdachlose, Migrant_innenberatungen, Bibliotheken und Schülerclubs. Dank des Widerstandes vieler Menschen konnte die Schließung der Kinder- und Jugendeinrichtungen verhindert werden, allerdings nur für ein halbes Jahr. Im Mai erfährt die Hinhaltetaktik von Senat und Bezirk eine Neuauflage. Bis Ende 2009 werden wir weitere sechs Monate abgespeist und schon jetzt ist klar, dass uns 2010 massive Streichungen erwarten.

Soziokulturelles Brachland

Die Kürzungswelle betrifft fast alle Angebote und bedeutet einen massiven Verlust an Lebensqualität für viele Menschen im Kiez.

Die sozialen Einschnitte im Bezirk werden von einer rasanten Mietpreisentwicklung im Zuge der Gentrifizierung begleitet, was viele Menschen zum Wegzug aus ihrer Nachbarschaft zwingt. So kostet beispielsweise eine Vierzimmerwohnung im Palais Kolle Belle, „Kolle Belle“, im Prenzlauer Berg, mal eben 309.000 Euro. Wir haben jedoch das Recht auf ein gutes Leben! Wir wollen uneingeschränkten Zugang zu Bildung, Kultur, Wohnraum usw.! Allerdings soll unsere Kritik nicht bei hohen Mieten oder Rationalisierung stehen bleiben. Gerade weil im Kapitalismus alles von Rentabilität abhängt, wird es auch immer Ungleichheit geben. Deswegen finden wir es wichtig in die Proteste gegen die Sparmaßnahmen unsere Kritik am Kapitalismus einzubringen. Für den Staat lohnt sich die Finanzierung sozialer Angebote nur insoweit, als dass sie die steigende Frustration in der Bevölkerung abfedert und staatliche Fürsorge suggeriert. Außerdem dient sie im Sinne der Verwertungslogik der Vorbereitung auf den Arbeitsprozess und der Regeneration von Arbeitskraft. Mit den Sparmaßnahmen geht eine immer stärkere Investition ins Knast- und Überwachungssystem einher. 2,6 Millionen für einen Hochsicherheitszaun am Jugendknast Plötzensee, sowie zusätzliche 5 Millionen Euro hat das Land Berlin für den Polizeietat zur Verfügung gestellt. Der Staat begegnet somit den Folgen einer Politik, die er selbst zu verantworten hat, mit entsprechender Machtdemonstration. „Beschaffungskriminalität“ und Schwarzfahren

sind aber mehr als nur Folgen, sie gehören zum Kapitalismus wie Pommes zu Ketchup und Majo. Wenn schon von ‚Kriminalität‘ die Rede ist, dann möchten wir den Kapitalismus als eigentliches allumfassendes Verhältnis organisierter Kriminalität benennen. Wir jedenfalls lassen uns nicht abziehen!

Wir stellen uns quer!

Mit vielen anderen veranstalten wir am 29. Mai auf dem Helmholtzplatz ein Hip-Hop-Openair und am 19. Juni eine Kiezparade durch P-Berg, um uns gemeinsam den Kürzungen und der Verdrängung Einkommensschwacher aus dem Viertel entgegenzustellen. Wir wollen die Menschen im Kiez zusammenbringen, die sich damit nicht abfinden und die sich eine lebenswerte Stadt wünschen, in der die eigene Existenz nicht vom Geldbeutel abhängt. Deswegen unterstützen wir den Kampf um die Einrichtungen und gegen die Stadtumstrukturierung vor Ort.

Wir wollen aber mehr! Wir denken, dass ein Leben jenseits von Konkurrenz und Verwertung - ein Leben ohne Kapitalismus - möglich ist. Und da wir ungeduldig sind und vom Staat nichts weiter zu erwarten haben als Zurichtungen, Ausgaben für Aufrüstung, Überwachung und anderen Mist, den wir nicht brauchen, nehmen wir unser Leben selbst in die Hand. Jugendclubs, Altersheim, Hausgemeinschaften usw.

gehören in Selbstverwaltung ohne staatliche Bevormundung. Wenn wir aus unseren Treffpunkten geworfen werden, wenn wir aus den Wohnungen fliegen, dann machen wir die Stadt zu unserem Wohnzimmer! Entwickeln wir in Zeiten von Mietsteigerung und Leerstand alternative Raumnutzungskonzepte! Das Colosseum als Umsonstkino, der Polizeiabschnitt an der Eberswalderstraße als Nachbarschaftscafé, der Flughafen Tempelhof als Mehrzweckhalle für Raves und Konzerte. Holen wir uns die Stadt zurück, denn sie gehört uns allen. Kommt am 29. Mai und am 19. Juni nach P-Berg! Lasst uns zeigen, dass wir die Kürzungswelle 2010 nicht akzeptieren werden, sondern uns schon jetzt querstellen!

29. Mai 2009 | Hip-Hop-Openair | 16 Uhr | Helmholtzplatz | P-Berg
19. Juni 2009 | Kiezparade | 18 Uhr | Mauerpark | P-Berg



Aus der Protest-Vorbereitung

Der Pressekonsens

Es war ja nicht leicht sich überhaupt auf eine gemeinsame bundesweite Pressearbeit zu einigen, beziehungen um profilierungen und unverhältnismäßiger Betonung einzelner Positionen standen dem Wunsch nach einem gemeinsamen Auftreten gegenüber. Ein langer Weg, aber wir haben eine Einigung erzielt. Da viele Menschen neu zum BS hinzugekommen sind und seit der Verabschiedung des Pressekonsens einige Zeit vergangen ist, möchten wir hier noch mal kurz die Eckpunkte der gemeinsamen Pressearbeit in Erinnerung rufen: - ja, es gibt eine bundesweite Pressegruppe aus der sich ein...

- vierköpfiges Pressteam generiert, welches durch das Plenum legitimiert wird (in Erfurt geschehen: Nadia (asta uni ffm), Oskar (SDS), Michael (kritische Initiative Heidelberg) und ToBi (Umfeld Asta fu Berlin))
- Mitglieder der Pressegruppe sollen nicht gleichzeitig Pressearbeit für ihren eigenen politischen Zusammenhang machen
- das Pressteam signiert (in wechselnder Reihenfolge) die Pressemitteilungen (PM), organisiert Pressekonferenzen (PK), hält den direkten Kontakt zu Medien
- PMs u.ä. werden soweit möglich mit dem Plenum rückgekoppelt (evtl. auch mit Umlaufverfahren über Verteiler)
- das Pressteam soll keine expliziten Interviews geben und es soll auch nicht direkt auf den PK sprechen
- alle Menschen/Gruppen im BS sollen sich in

der Pressearbeit repräsentiert fühlen während der Aktionswoche:

- während der Zeit der Aktionswoche richten wir ein Pressebüro ein, in dem die vier Mitglieder des Pressteams auch lokal zusammen sitzen werden
- es wird eine Festnetznummer organisiert, die als Kontakttelefonnummer angegeben wird
- im Vorfeld der Aktionswoche werden Anrufe an die Kontaktnummer rotierend auf die Mobiltelefone der Mitglieder des Pressteams umgeleitet um Fragen zu beantworten. Als zweite Kontaktnummer wird die Mobilnummer eines weiteren Mitgliedes des Pressteams angegeben.
- das Pressteam ist angehalten, den Kontakt mit den Medien rotieren zu lassen, es können aber (auf Wunsch der MedienvertreterInnen oder der Mitglieder des Pressteams) auch die selben Menschen mit den selben PressevertreterInnen sprechen
- die Mitglieder der lokalen Treffen und/oder Bündnisse sind angehalten dem Pressteam geeignete und/oder wichtige Dokumente der eigenen Pressearbeit zur Verfügung zu stellen
- weitere Aufgaben der Pressegruppe:
 - Textbausteine zur Pressearbeit vorbereiten
 - Vorbereitung von Pressemitteilungen des Koordinierungstreffens
 - Vorbereitung von Pressekonferenzen (PK)
 - Pressegruppe vermittelt Kontakte
 - Pressegruppe gibt nur Kommentare zu lokalen Aktionen, wenn die lokalen Gruppen das explizit wollen

Erklärung zu Verbindungen

Das Projektbündnis Bildungsstreik 2009 lehnt jede Form von Sexismus, Nationalismus und Rassismus ab. Daraus folgt, daß Studentenverbindungen jeder Couleur hier keinen Platz haben. Die Traditionen und Strukturen dienen der Reproduktion von Rassismus, Elitedenken, Diskriminierung und Sexismus. Ausdrückliches Ziel von Verbindungen ist die Schaffung und der Machterhalt gesellschaftlicher Eliten, so der ehemalige Innenminister der BRD Manfred Kanther: «Wir wollen auch weiterhin nationalgesinnte Menschen in alle führenden Berufe unserer Gesellschaft entsenden.» (Quelle: M. Kanther, 1990) Ausschluß und öffentliche, strukturelle Diskriminierung von Frauen ist fester Bestandteil ihrer Ideologie. Dies wird u.A. durch Äußerungen wie: «Unser Burschenbrauchtum ist immer auf eine männliche Gruppe abgestimmt.

Die menschliche Weltordnung ist auf das männliche ausgerichtet.» (Burschenschaftliche Blätter 1980) und «Corpsstudenten sind Männer, eine Integration des weiblichen Geschlechts würde als Fremdkörper wirken, einem Freundschaftsbund hinderlich.» (Deutsche Corpszeitung, 1983) belegt. Zentraler Bestandteil des burschenschaftlichen Männlichkeitsideal ist Härte und Gewalt, sowohl gegen sich selbst, als auch gegen andere. Dies zeigt sich nicht nur in der Tradition Mensur, sondern beispielsweise auch im systematischen Einsatz von Alkohol zum Zwecke der Erziehung sowie in der hierarchischen Durchstrukturierung des 'Hauses'. Hieraus folgt, daß Mitgliedschaft oder Identifizierung mit den Zielen studentischer Verbindungen im Widerspruch zu unserem emanzipatorischen Politikverständnis stehen.

Academic Squatting

Wenn du es gut kommunizierst, kannst du vielleicht deine_n Prof. und deine Mitstudis überzeugen, ein paar Termine einer Vorlesung für den Bildungsstreik umzuwidmen oder wenigstens in die Öffentlichkeit zu verlegen. So könnte zum Beispiel aus der fiktiven Vor-

lesung „Bildungsmanagement“ eine Protest-Politiserungsgruppe werden, die es sich zur Aufgabe macht, kreative Äußerungsformen für Demos zu entwickeln, andere Lehrveranstaltungen zu „squatten“ oder die Besetzung eines Gebäudes vorzubereiten. Der Kreativität sind hier wirklich keine Grenzen gesetzt.

Ökonomisierung?

Seit mehreren Jahren werden die Hochschulen gemäß eines Paradigmas umgebaut, das den Markt als Allheilmittel gegen „Desorganisation“, „Bürokratie“ und „zu hohe Kosten“ ist. Unter Mitarbeit von Unternehmensberatern, Managern und anderen Führungskräften aus der Privatwirtschaft werden die Unis „gestrafft“,

„flexibilisiert“ und „wettbewerbsfähig“ gehalten. Hinter dieser Semantik steckt letztlich die Etablierung einer künstlichen Marktsituation, mit all ihren Konsequenzen - Bildung und die Universität mit ihren „Dienstleistungen“ werden zur Ware und somit dem kapitalistischen Verwertungsprozess zugänglich gemacht. Wie auf

jedem anderen Markt versuchen die Universitäten sich selbst und ihre „Produkte“ attraktiv zu machen. Um möglichst effizient agieren zu können, streichen sie beispielsweise Studiengänge, die keine Aussichten auf gute Verwertungsmöglichkeiten bieten. Investiert wird vor allem in (aus privatwirtschaftlicher Sicht lukrative) Forschungs-

programme, von denen letztlich in der unterfinanzierten Lehre nichts ankommt. Stellen werden kontinuierlich gestrichen und die Unis gegeneinander durch Exzellenzinitiativen und Elitedenken künstlich in Konkurrenz gesetzt. Und die Studierenden? Sie werden im Eiltempo durch Bachelor- und Masterstudiengänge gehetzt um

dem Arbeitsmarkt noch früher zur Verwertung bereit zu stehen. Dabei wird mal eben der „Ballast“ des kritischen Denkens und der Persönlichkeitsentwicklung „wegrationalisiert“. Studieren sollte kooperativ und an den menschlichen Bedürfnissen des Einzelnen orientiert sein und nicht an Konkurrenzdenken und Wettbewerb!

Demoanmeldungen?

Vorweg ist selbstverständlich stets die Entscheidung zu treffen, ob eine Demo angemeldet werden soll oder nicht. Durch eine Anmeldung ergeben sich zwar einige rechtliche Beschränkungen sowie die Haftbarkeit des/der AnmeldeIn, aber zumindest theoretisch auch ein gewisser rechtlicher Status - schließlich steht die Demo durch die Anmeldung unter dem „Schutz“ des Versammlungsrechts. Diese Rechte werden aber von den beteiligten Behörden sowie den Cops häufig ignoriert, weshalb es besonders wichtig ist, als AnmeldeIn auf diesen Rechten zu bestehen. Bei so genannten Kooperationsgesprächen im Vorfeld einer Demo sowie bei der Demo selbst behaupten die Cops gerne irgendwelche gesetzlichen Regelungen, die so nicht bestehen, sondern sich höchstens so eingebürgert haben, und versuchen, zusammen mit dem zuständigen Ordnungsamt, absurde Auflagen durchzusetzen. Dagegen hilft nur, ihnen selbstbewusst ein paar gesetzliche Grundlagen entgegenzuhalten. Schließlich ist ihre Aufgabe bei Demos in erster Linie, den Verkehr drumherum zu regeln. In einigen Bundesländern gelten inzwischen eigene Versammlungsgesetze; die Tipps basieren auf dem Bundesversammlungsgesetz und müssen in diesen Ländern dann entsprechend überprüft werden.

Argumentationsmuster:

- Grundsätzlich sind die Behörden dazu verpflichtet, sich „versammlungsfreundlich“ zu verhalten - eine Erinnerung an diesen Grundsatz kann gegen willkürliche Schikanen helfen. Auch für die AnmeldeInnen gilt eine gewisse Kooperationspflicht; aber auf diese Gegenseitigkeit kann immer wieder verwiesen werden. Außerdem bedeutet die Kooperationspflicht für AnmeldeInnen nicht, jeden Humbug hinzunehmen.
- Grundsätzlich gilt: „Jedermann hat das Recht, öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und an solchen Veranstaltungen teilzunehmen“ (§1,1 des Versammlungsgesetzes). Ausgenommen sind nur für verfassungswidrig erklärte oder verbotene Organisationen. Diese Grundregel bezieht sich auf Art. 18 des Grundgesetzes - Versammlungsfreiheit ist also grundgesetzlich garantiert!
- Für Auflagen und ähnliche Beschränkungen gilt: „Die zuständige Behörde kann die Versammlung oder den Aufzug verbieten oder von bestimmten Auflagen abhängig machen, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung oder des Aufzuges unmittelbar gefährdet ist“ (§15,1 VersG). Zu deutsch: Schlechte Laune des Zuständigen auf dem Ordnungsamt, mögliche Störung der AnwohnerInnen oder verkaufsoffener Samstag reichen als Begründungen für Auflagen nicht aus - es muss tatsächlich nach großer Gefahrenlage aussehen.
- Wenn der Lautsprecherwagen (streckenweise) nicht genehmigt wird: „Der Leiter hat für den ordnungsgemäßen Ablauf zu sorgen“ (§19,1 VersG) - dazu muss er jederzeit alle TeilnehmerInnen erreichen können („Ord-

nungsdurchsagen“) und benötigt ab einer gewissen Anzahl einen Lautsprecher(wagen). Bei einer sehr kleinen Demonstration wird allerdings oft nur ein Megaphon als ausreichend angesehen.

- Bei Auflagen zu den Transparenten, Fahnen etc. (z. B. Größe und Abstände - das gab es alles schon!) sowie bei „einschließender Begleitung“ durch die Cops (zu deutsch: Wanderkessel) kann darauf verwiesen werden, dass die Transparente das inhaltliche Anliegen der Demo transportieren; entsprechende Beschränkungen stellen einen unangemessenen Eingriff in die Versammlungsfreiheit dar (auch hier kann wieder auf die grundsätzliche Verpflichtung zur Versammlungsfreundlichkeit verwiesen werden und darauf, dass Auflagen nur zulässig sind, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist - und das ist durch Transpis kaum der Fall).
 - Für Argumentationsmuster der Staatsseite wie z. B. „Wir müssen ständig filmen und jederzeit in die Demo reinrennen können, um „StraftäterInnen“ rauszugreifen, deshalb sind Transpis nur ganz vorne erlaubt“: die Cops (mal wieder) an ihre Verpflichtung zur Versammlungsfreundlichkeit hinweisen und sie auf ihre Gefahrenprognose befragen: haben sie tatsächlich konkrete Anhaltspunkte dafür, dass Straftaten geplant/begangen werden. Schwarze Kapuzenpullis sind dafür noch kein ausreichendes Indiz!
 - Bei Routenverlegungen: Grundsätzlich können die OrganisatorInnen die Route selbst wählen, und das Ordnungsamt muss triftige Gründe dafür liefern, in einer bestimmten Straße die Versammlungsfreiheit außer Kraft zu setzen; das kann z. B. eine Baustelle über die gesamte Straßenbreite (also eine tatsächliche Einschränkung) oder eine gesetzlich geregelte Bannmeile um ein Parlament sein, aber nicht die mögliche Lärmbelästigung für die AnwohnerInnen. Die Notwendigkeit triftiger Gründe gilt besonders, wenn ein dort liegendes Gebäude mit dem Demothema zusammenhängt (also z. B. wenn beim Bildungsstreik eine Zwischenkundgebung bei der Universitätsverwaltung abgehalten werden soll).
 - OrdnerInnen können von der Demoleitung zur Unterstützung eingeteilt werden und müssen laut VersG (§9) bei der Anmeldung angegeben werden. Dass die Ordnungsämter eine bestimmte Zahl von OrdnerInnen per Auflage vorschreiben, hat sich zwar in vielen Regionen eingebürgert, ist jedoch eigentlich juristisch fraglich. Auf alle Fälle aber gilt: die OrdnerInnen sind keine HilfspolizistInnen, die sich von den Cops etwas befehlen lassen müssen, sondern müssen sich an die „Anweisungen“ der Demoleitung halten. Die Einsatzleitung der Cops soll also eventuelle Beschwerden und Anweisungen an den/die DemoanmeldeIn herantragen, die sowieso der/die polizeiliche AnsprechpartnerIn während der Demo ist.
- Und denkt daran: Aufgabe der Cops ist es, die Ausübung der Versammlungsfreiheit im Rahmen von angemeldeten Demos und Kundgebungen zu erleichtern (indem sie z. B. den Verkehr regeln), nicht die Umsetzung dieses Grundrechts zu behindern!

Die Studienpunktejagd

Ein auffällig gekleideter Mensch (z.B. in einem weißen, gelben oder orangen Overall) rennt zur besten Mensa-Zeit (oder auch zur Zeit der größten Vorlesungen durch die großen Hörsäle) mit einem großen Bündel gelber Luftballons, auf denen "1 Creditpoint" steht (oder auch mal "500 Euro"), durch die Menge (oder die Hörsäle) - und eine Gruppe Studierender hinterher. Diese rufen dabei laut: "Ich will meine Credits" oder "Gib mir meine Credit Points" oder ähnliches. Die Aktion sollte am besten durch einen Infotisch in der Nähe (z.B. Eingang Mensa oder Hörsalgebäude) begleitet werden! Während der Aktion auch unbedingt Flyer verteilen und

immer durch lautes Rufen Aufmerksamkeit erregen. Creditpoint-gierige Studierende, die versuchen, einen Credit Point abzubekommen, spiegeln die Konkurrenz zwischen den Kommiliton*innen wieder und auch das auf Credit Points ausgerichtete System. Es macht eigentlich echt Spaß und erregt Aufmerksamkeit! Damit die Leute auch wissen, was das Ganze soll, begleitend unbedingt auch Flyer verteilen. Die Aktion lässt sich schnell organisieren, ist kostengünstig, kann mehrfach durchgeführt werden und dauert jeweils nur ca. 30 Minuten. Eine Anregung also zur massenhaften Nachahmung ...)



Ruhig mal was aneignen!

Lasst uns Freiräume schaffen! Lasst uns wieder Räume besetzen und zeigen, dass selbstbestimmte Bildung attraktiver ist!

Warum? - Eine beispielhafte Rechnung

168 h	ist die Anzahl der Stunden in einer Woche
-70 h	erwarteter „Workload“ von Bachelor-Studierenden (davon 10 h unterwegs erledigen!)
-2 h	nicht nutzbare Fahrzeiten
-15 h	Studi-Job – hoffentlich über Mindestlohn (mehr als 60% der Studierenden arbeiten nebenher)
-49 h	Schlaf: durchschnittlich 7 Std. pro Tag – auch samstags und sonntags
-4 h	Körperpflege und Hygiene
-12 h	essen, einkaufen und zubereiten der von Nahrung in größter Eile
16 h	übrig für alles andere, z. B. leben...

Hier ist zu sehen, wo die Zeit beim Bachelor-Studium durchschnittlich hingeht. Selbst wenn jemand keine Kinder, keine Gebrechen oder irgendwelche über das Normalmaß hinausgehende Belastungen hat, bleibt bei bester Organisation kaum etwas von der Zeit zur freien Verfügung. Diese Zeit fehlt zur Reflexion und Selbstentfaltung; sie legt uns fest auf den permanenten Versuch, am Ende in der Konkurrenz um Jobs besser als andere dazustehen. Dies ist nicht nur Enteignung von Lebenszeit, sondern auch von Lebensqualität! Fast alle Studierenden haben eine Schule hinter sich, die ihnen zunehmend Zeit und

Raum nahm sich auszuprobieren. Viele hatten noch keine Möglichkeit zu erfahren was es bedeutet, sich seine Zeit selbst einzuteilen, für etwas einzustehen oder die eigenen Rechte auszuüben. Dabei gab es meist gar keinen direkten Zwang, die Zeit mit Schule, Nachhilfe und büffeln zu verbringen. Das Problem ist eher der unnötige psychische Stress und der Zwang zur Konformität, der aufgebaut wird indem sogar schon Kindern permanent eingebläut wird, dass sie sich furchtbar anstrengen müssen, weil sie sonst keinen Job bekommen und dann zu den Verlierern der Gesellschaft gehören.

Lasst Euch nicht einschüchtern! Eine andere Bildung ist möglich! Nehmt Euch Zeit – trotzdem!



Einladung zum bildungspolitischen & herrschaftskritischen

WORLD CAFÉ

Am Donnerstag, dem 11. Juni von 12 bis 16h im HU-Innenhof
Zugang Dorotheenstraße oder Unter den Linden 6

Wir wollen mit euch über Alternativen zur herrschenden Bildungspolitik nachdenken, bevor am Montag, dem 15.6., die Aktionswoche losgeht. An verschiedenen Café-Tischen treffen sich Studierende und Aktivist_innen aus ganz verschiedenen bildungspolitischen Bereichen. Du kannst die Aktivist_innen zu deren Praxis befragen, Erfahrungen werden ausgetauscht und über die Motive des Bildungsstreiks diskutiert. Damit es nicht langweilig wird, wechselt nach einer bestimmten Zeit die Zusammensetzung der Tische. Wir laden ein zu Wechsel und Erweiterung der Perspektive: Welche Kritik und Forderungen ergeben sich nicht nur aus studentischer, sondern auch aus der Sicht von kritischen Schüler_innen und Lehrer_innen, prekarierten Akademiker_innen und illegalisierten Menschen, die vom „öffentlichen“ Bildungssystem ausgeschlossen sind? Wie hängt Bildungsprotest mit sozialen, auch internationalen, Bewegungen, zusammen? Hattest du im Seminar noch keine Gelegenheit zu erfahren, was deine Tischnachbar_innen zu diesen und anderen Fragen zu sagen haben? Dann schau beim World Café vorbei!

Auf Kaffee, Kuchen und rege Beteiligung freut sich die Bezugsgruppe GrmPf_!

Wissenswertes zum Bildungsstreik und darüber hinaus

Bildungsstreik 2009 Nr. 1

Berlinweite Streikzeitung. Erschienen im Januar. Themen: Demokratisierung an den Hochschulen, Die Ruinen von Bologna, Griechischer Bildungsprotest, Der Staat rettet den Kapitalismus, Bildung und soziale Ungleichheit, Das politische Mandat, Rüstungsforschung an Berliner Hochschulen. Download: bildungsstreik-berlin.de

Klassenkampf Nr. 1 & 2

Die Massenzeitung von Schulstreik Berlin für mehr Bewegung an den Schulen. Download unter schulstreik-berlin.de

Protesthandbuch

Proben für den großen Krach. Handbuch zur studentischen Protestorganisation. 88 Seiten, A5. download unter: protestandbuch.de

Anarchophobia an der TU-Berlin

Auf 16 Seiten wird die Absage des für Ostern 2009 geplanten Anarchismus-Kongress durch das Präsidiums der TU analysiert. Themen: Anarchismusbegriff des Kongresses, Rekonstruktion des Rauschmisses, Analyse des B.Z.-Aufmachers, Presseauswahl zum Anarchiekongress, Stellungnahme des AstA. Zum download unter www.asta.tu-berlin.de

Alternatives Vorlesungsverzeichnis SS09

Das halbjährlich erscheinende Alternative Veranstaltungverzeichnis (AVV) ist eine Sammlung von autonomen Seminaren, Projektutorien, Projekten, Projektideen sowie Veranstaltungen und -reihen. Allen gemein ist die Forderung nach und Umsetzung von zugangsfreier, kritischer, selbstbestimmter und selbstorganisierter Bildung. Es richtet sich an Menschen, die Inhalte



nicht nur passiv konsumieren, sondern selbst nach eigenen Kriterien (inhaltlich) arbeiten und gestalten wollen. Und dazu muss mensch nicht studieren... www.wiki.bildung-schadet-nicht.de & avvb.de

Studierbarkeitsumfrage der AG Studierbarkeit an der HU

Umfangreiche Befragung an der HU zur Studiensituation, insbesondere in den neuen Studiengängen BA/MA. Abrufbar unter: www.studierbarkeit.de

Hochschulpolitische Reihe AstA FU Bd. 13 Hochschule im historischen Prozess

Download unter: astafu.de/inhalte/publikationen/hopo/bd13 **Universität im Umbruch.** Der globale Bildungsmarkt und die Transformation der Hochschulen: Gelungener Überblick über die wichtigsten politischen Hintergründe zum Bildungsstreik. Abrufbar unter: astafu.de/inhalte/publikationen/hopo/umbruch

HUch!

Magazin des Referent_innenrates der HU-Berlin. Alle Ausgaben unter: www.refrat.hu-berlin.de/huch/

TU-AstA-Info

Quartals-Zeitschrift des AstA des TU. 16 Seiten voller Skandale, Hintergründen und Wissenswertem an der TU. www.asta.tu-berlin.de

Out of Dahlem

Wir wollen euch einen kritischen Blick auf (unsere) Universität und Gesellschaft ermöglichen und Anregungen zum Ausbruch aus konservativen Mainstream-Gedanken bieten. www.astafu.de/inhalte/publikationen/outofdahlem



TIMETABLE

10.6. | 18 Uhr „Wieso, weshalb, warum? Macht die Schule dumm?“ Festsaal Kreuzberg (Skalitzer Str. 130)

„Zwischen Bulimie-Lernen und Playstation“. Eine Woche vor dem Bildungsstreik diskutieren: Maxim von K.I.Z., ein Bildungspolitiker von „Rot-Rot“, ein Schülervertreter, eine GEW-Vertreterin. Über Bildungsabbau durch den Senat, Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, Gewalt an Schulen, Leistungsdruck und Notenstress.

11.6. | 12-16 Uhr World Café im HU-Innenhof

Bei Kaffee und Kuchen Protestluft aus anderen Ländern und bei herrschaftskritischen Gruppen schnuppern [GrnPf!]

11.6. | 18 Uhr Aktionstraining | HU-Innenhof

Wie verhalte ich mich auf Aktionen? Wie bereite ich mich auf Demos vor? Was sind Bezugsgruppen? Wie weit kann und wie weit will ich gehen? Wie blockieren wir wirksam und wie durchfließen wir Polizeiketten?

11.6. | 19 Uhr „Perspektiven des Bildungsstreiks“ | Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 1.101

Podiumsdiskussion mit Silvia Gruß (Berliner Bildungsstreik) Bildungsstreik in der Krise der Hochschulen – Forderungen & Perspektiven; Oliver Brüchert (Mitherr www.links-netz.de) - Warum es sich lohnen könnte, Bildung als soziale Infrastruktur zu denken; Jana Seppelt (Gruppe Soziale Kämpfe) Bildungsstreiks und Krisenproteste – Perspektiven für soziale Bewegung; Julia Müller (Verdi-Bundesfachbereichsvorstand Bildung, Wissenschaft und Forschung)

12.6. | 18 Uhr „Was hat Bildung mit Kapitalismus zu tun?“ | Mehringhof (Gneisenaustr. 2a, Kreuzberg)

Was hat Bildung mit Kapitalismus zu tun? Gute Bildung für alle kann es in diesem System nicht geben. Veranstaltet im Blauen Salon

12.6. | 18.30 Uhr „Schule im Kapitalismus“ | , Baiz (Christinenstr. 1)

Vom Nutzen schulischer Erziehung für Demokratie und Marktwirtschaft. Wozu gibt es die staatliche Schulpflicht? Was ist von zentralen Bildungszielen zu halten wie etwa der Erziehung zum mündigen Staatsbürger? Werte wie Demokratie und Meinungsfreiheit, Toleranz und Kritikfähigkeit stehen im Lehrplan hoch im Kurs. Das Prinzip der Chancengleichheit und das Lernen für Noten, nebst seiner Sortierungsleistung sind zentrale Elemente kapitalistischer Erziehung.

12.6. | 19:30 Uhr „Repression und Gegenwehr“ | Chile Freundschaftsgesellschaft, Jonasstr. 29 (U8 Leinestr.)

Die zahlreichen Bildungsproteste und Schulstreiks der letzten Jahre haben immer wieder die Polizei auf den Plan gerufen. Es ist ganz klar, dass die Behörden das Ziel verfolgen, unseren richtigen und notwendigen Protest für ein solidarisches Bildungssystem zu kriminalisieren! Wir wollen kurz vor der Bildungsstreik-Aktionswoche mit euch und von Repression betroffenen Aktivist*innen und rechtskundigen Menschen über Formen von Repression und mögliche Gegenwehr diskutieren.

12.6. | 18 Uhr VOSIFA-Festival | Openair im Maxim (Charlottenburger Str.117)

Zwei Tage von SchülerInnen für alle.

13.6. | Bildungscamp | HU-Campus Adlershof

13.6. | 18 Uhr Aktionstraining und Party im Mauerpark

Das grosse „Bildungsstreik2009“ Terror-Camp im Mauerpark. Erst trainieren wir Aktionsformen um uns auf den bevorstehenden Bildungsstreik vorzubereiten, dann feiern wir eine wilde Party. Bringt Decken, Essen, Trinken(!), Sonnenbrillen, Soundsystems, Transparente, Dosen und jede Menge Ideen mit!

13.6. | 17 Uhr Lange Nacht der Wissenschaft

Auch an deiner Bildungseinrichtung! Lasst euch was einfallen..

15.6. | 17 Uhr Podiumsdiskussion | EZS Adlershof

„Welches Modul hätte Humboldt gewählt?“

15.6. | 18 Uhr Basteln für den Bildungsstreik | AStA TU

16.6. | 16 Uhr Park statt Schule im Mauerpark

Im Sommer sind Parks irgendwie tausendmal attraktiver als Schulen. Darum setzen wir uns lieber in den Mauerpark. Mit Vorträgen, Diskussion, Poetry Slam, Musik. Bringt alles mit, was für einen netten Tag im Park von nutzen sein kann.

17.6. | 11 Uhr BILDUNGSSTREIK - GROß-DEMO! | Rotes Rathaus

17.6. | 21 Uhr Party im HU-Institut für Ethnologie Mohrenstr. 40

18.6. | Tag des zivilen Ungehorsams UBERALL! ZU JEDER ZEIT! | u.a. Aktion Banküberfall

18.6. | Workshops | MOPS Adlershof

19.6. | 14 Uhr Kundgebung am Potsdamer Platz gegen die Kultusministerkonferenz www.block-kmk.tk

19.6. | 18 Uhr: Kiezparade gegen Kürzungen in Pankow! Start im Mauerpark

4 Lautis, Musik und vieles Mehr!

19.6. | 18 Uhr „Und nach dem Bildungsstreik?“ Mehringhof (Gneisenaustr. 2a)

Wie kommen wir vom Bildungsstreik zum Generalstreik? Veranstaltet im Blauen Salon

19.6. | 20 Uhr Hoffest an der HU-Berlin

20.6. | Besetzung des Flughafens Tempelhof actiondays.blogspot.de

26.6. | 18 Uhr „Bildung ohne Hierarchien“ | Villa Freundschaft Nordbahnstraße 14

Wie kann ein Bildungssystem ohne Hierarchien aussehen, in dem Autorität nicht aus formaler Macht, sondern aus der tatsächlichen Qualifikation des Lehrenden entsteht? [Bunte Jugend Reinickendorf]

3.7. | 16 Uhr Hoffest FU Rost- Silberlaube

6.7. | 18 Uhr „Bewusst Konsumieren“ | Cafe Telquel (TU-Berlin Ernst-Reuter-Platz)

Bewusst Konsumieren - Ein Kampfverhalten gegen den Kapitalismus? Was bewirke ich mit Fair Trade und Bio?

17. JUNI 11UHR
RIESIGE
BILDUNGSSTREIK-
DEMO

BLOCK KMK - FIGHT BOLOGNA DER KULTUSMINISTERKONFERENZ DIE MEINUNG GEIGEN

BUNDESWEITER
BILDUNGSSTREIK
2009 15.-19. Juni

KUNDGEBUNG AM 19. JUNI 2009 - BERLIN



ab 14:00 Uhr - Kundgebung am Potsdamer Platz

ab 20:00 Uhr - Soli - Konzert ; Ostflügel der HU-Berlin

AUFRUF + INFOS + PROGRAMM UNTER: WWW.BLOCK-KMK.TK

Ressourcen | Kontakt

SBZ Krähenfuß

Ort: Ostflügel, Hauptgebäude HU-Berlin

Tel.: c/o RefRat 2093-2603 Zeiten: Mo-Fr, 12-18.00 Uhr

Bietet Raum für studentische Veranstaltungen und Projekte, für Politisches von Protest bis Party, Ausstellungen, Lesungen, Kleinkunst, Filmreihen etc.

Medienraum des RefRats (Monbijoustr. 3)

Tel.: (030) 2093 - 1756 mail: medien@refrat.hu-berlin.de

Zeiten: Montag und Mittwoch 12-18 Uhr

Der Medienraum dient zur Erstellung studentischer Publikationen, Plakate etc vom Konzept bis zur Druckvorstufe.

HumboldtInitiative - Initiativkeller

Ort: Keller HG-Ostflügel über Wirtschaftshof

Tel.: 2093-2305 Homepage: audim-keller.rz.hu-berlin.de

Zeiten: donnerstags ab 19 Uhr bzw. nach Absprache

Es existiert ein Videoschnittplatz und ein kleines Tonstudio.

Umsonstladen - ULA

Ort: HFT-Gebäude (Räume HFT 023 a und b) direkt neben Unirad, TU-Berlin

Am 30. April eröffnete an der TU-Berlin der dritte Umsonstladen Berlins. Die Idee geht von einem ungeheuren Warenreichtum in dieser Gesellschaft aus, in der es viele nützliche Dinge gibt die irgendwo herumliegen, weil sie für ihre Besitzer_innen im Moment nicht nützlich sind. Und was kann ich da jetzt tun? Bring Sachen vorbei und/oder hol welche ab

Rotes Cafe - FU

Ort: Harnackstr. 1a, U-Bhf Thielplatz Homepage: rotescafe.de

Zeiten: Mo-Fr meist ab 12 Uhr

Das Café versteht sich als autonom und selbstverwaltet. Eine der Grundideen des Cafés ist Selbstorganisation – das bedeutet, dass das Café kein dienstleistender Dienstleistungsdienstleister für irgendwelche KundInnen ist, sondern alle, die es nutzen wollen, beim alltäglichen Betrieb mitmachen.

Asten in Berlin und Potsdam

FU: www.astafu.de

HU: www.refrat.de

TU: asta.tu-berlin.de

ASFH: asta.asfh-berlin.de

Uni Potsdam: www.asta.uni-potsdam.de

TFH: public.tfh-berlin.de/~asta

FHTW: students-fhtw.de

UdK: www.asta-udk-berlin.de

EFB: www.efb-stupa.de/stupa

KHSB: www.khsb.de

KHB: www.kh-berlin.de

HFM: www.hfm-berlin.de/AstA.html

FHW: asta.fhw-berlin.de

Mailinglisten & Wiki & Pages

Berlinweit: <https://lists.spline.inf.fu-berlin.de/mailman/listinfo/bildungsstreik-berlin>

HU-Aktive: <https://lists.spline.inf.fu-berlin.de/mailman/listinfo/hu-bildungsstreik-aktive>

TU-Aktive: <https://asta.tu-berlin.de/cgi-bin/mailman/listinfo/bp09>

Bildungsstreik-Wiki ist erreichbar unter bildungsstreik-berlin.de/wiki (user: bildungs // password: streik)

Bildungsstreik Berlin: www.bildungsstreik-berlin.de
hu.bildungsstreik-berlin.de & tu.bildungsstreik-berlin.de

Bundesweite Seite: www.bildungsstreik2009.de

Bildungsblockaden einreissen: www.schulaction.org

Protest-Treffen

HU-Berlin: Immer Mittwochs 18 Uhr, Hegelplatz (gegenüber dem Hauptgebäude), Dorotheenstr. 24, Raum 1.605

TU-Berlin: Immer Montags 16 Uhr auf dem Süd-Campus zwischen Hauptgebäude und Mensa [bei Regen oder Kälte im EB104- Raum 226 im EB-Gebäude]

Schulaction: jeden Freitag 16.30 Uhr im S069

(Sonnenburgerstr. 69, nahe S/U-Schönhauser Allee)

Bildungsblockaden einreißen! Jeden Donnerstag, 17:30 Uhr Bezirksamt Friedrichshain, Frankfurter Allee 35-37, Raum 2426

Bildungsstreik 2009 Nr.2 wird herausgegeben von hochschulpolitischen Arbeitskreisen an Berliner Universitäten.

Erscheinungsdatum 10. Juni

Fotos: Rechte verbleiben bei den jeweiligen FotografInnen.

V.s.d.P.: G. Meier, Allee der Konsumenten 61, 12681 Berlin

Mehr Infos unter: www.bildungsstreik-berlin.de